

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Lohnpolitik - Ölpreise - Franc-Floating -
Außenhandel - BRD-UdSSR**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: Lohnpolitik - Ölpreise - Franc-Floating - Außenhandel - BRD-UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 2, pp. 59-60

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134640>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnpolitik

Steuersenkungen als Alternative?

Der bereits im September 1973 von der Koalitionsmehrheit abgelehnte Steuergesetzesentwurf der Opposition, nach dem Steuererleichterungen als Inflationsausgleich noch vor dem geplanten Inkrafttreten der Einkommensteuerreform eingeführt werden sollten, wurde erneut von der Opposition in den Bundestag eingebracht. Dieses Mal stand jedoch die Absicht im Vordergrund, das steuerliche Inflationsentlastungsgesetz (Erhöhung des Grundfreibetrages auf 3000 DM, Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages, Anhebung der Werbekostenpauschale für Einkünfte aus Kapitalvermögen auf 450/900 DM) rückwirkend vom 1. 1. 1974 quasi als zusätzliches Angebot der öffentlichen Arbeitgeber in die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einzubeziehen. Auch in den anderen Tarifbereichen sollte durch diesen Steuerverzicht ein mäßigender Einfluß auf die Höhe der Tarifabschlüsse erreicht werden. Die Arbeitgeberseite im Metallbereich unterstützt den Oppositionsvorschlag in der Erwartung, zusätzliche Lohnkosten auf den Staat überwälzen zu können.

Sicher ist nicht zu leugnen, daß im gegenwärtigen Steuersystem Inflationsbedingte Steuererhöhungen die Lohnforderungen zusätzlich in die Höhe treiben. Das als Sofortprogramm konzipierte Inflationsentlastungsgesetz mag daher populär sein, es läßt jedoch die Einkommensteuerreformpläne sachlich und zeitlich zur Makulatur werden. Im Sinne einer inflationsneutralen Gestaltung des Steuersystems wäre es folglich besser, Alternativvorschläge im Rahmen der Diskussion über die Einkommensteuerreform zu entwickeln. Außerdem hat die steuerliche Entlastung als Beitrag zur Entspannung der Tarifaueinandersetzungen zur Folge, daß die staatliche Steuerpolitik dem Spiel der Kräfte im vorparlamentarischen Raum überlassen wird, und in zukünftigen Lohnverhandlungen würde der Finanzminister als dritter Tarifpartner von vornherein in die Lohnrunde mit einbezogen werden. Die autonome Steuerpolitik des Staates bliebe damit auf der Strecke. ws

Ölpreise

Drastische Steigerungen

Die Preise für Mineralöl und Mineralölprodukte sind seit Oktober letzten Jahres explodiert. Es begann damit, daß die arabischen Staaten ihre posted prices für Rohöl im Oktober und schließlich nochmals zum 1. Januar drastisch erhöhten. Verglichen mit September 1973 setzte z. B. Saudi-Arabien den posted price für leichtes Rohöl von 3 \$ je Barrel (159 Ltr.) auf 11,7 \$ je Barrel im

Januar herauf. Diese Preisentwicklung ist auch für andere am Persischen Golf geförderten Rohöle repräsentativ. Libyen erhöhte den posted price für Rohöl von 4,6 \$ im Oktober auf 15,8 \$ im Januar.

Unter der Annahme konstanter Förder- und Frachtkosten und mit den Einfuhranteilen für die Bundesrepublik gewichtet, dürfte sich damit der Rohölpreis in \$ auf etwa das 2^{1/2}-fache erhöht haben. Gleichzeitig aber stieg der Dollarkurs an den Devisenbörsen von Ende September bis Ende Januar um knapp 20%. Zusammengerechnet dürfte damit Ende Januar der Rohölpreis in DM gerechnet um rd. 200% gegenüber Oktober gestiegen sein. Im September belief sich der Durchschnittswert des eingeführten Rohöls auf etwa 76 DM. Jetzt dürfte er nach dieser Rechnung bei etwa 230 DM je Tonne liegen.

Diese drastischen Rohstoffpreiserhöhungen können nicht ohne Wirkung auf die Abgabepreise der Raffinerien sein. Ob die Preiserhöhungen so hoch ausfallen mußten, wie dies jetzt geschehen ist, läßt sich jedoch ohne näheren Einblick in die Kostenstruktur der Raffinerien kaum beurteilen. Der direkte Effekt dieser Preisanhebungen dürfte sich allein von September bis Februar mit über einem Prozent im Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte niederschlagen. Dazu kommen noch die indirekten Wirkungen, die sich in Form von Kostenanstößen in den Verarbeitungsstufen der Wirtschaft ergeben und letztlich an die Endnachfrage weitergegeben werden. Ihr Ausmaß läßt sich nur grob umreißen. Gestützt auf Input-Output-Tabellen aus dem Jahre 1967 dürfte sich für das Jahr 1974 im Durchschnitt ein Preisanstoß von insgesamt über 2% für den privaten Verbrauch ergeben. bg

Franc-Floating

Ende der Währungsunion?

Die vom französischen Staatspräsidenten Pompidou als Akt der Notwehr bezeichnete Wechselkursfreigabe des Franc schuf für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft neue Fakten. Die Ölpreiserhöhungen lassen zwar für 1974 ein Defizit der französischen Leistungsbilanz von 18 Mrd. FF und der Zahlungsbilanz von 24 Mrd. FF erwarten, so daß wechselkurspolitische Maßnahmen Frankreichs unumgänglich schienen. Offen bleibt aber, warum Frankreich nicht versuchte, die Leistungsbilanz durch eine einmalige, von den Partnern wahrscheinlich tolerierte kräftige Abwertung zu sanieren, womit es sich den Vorwurf europäischer Destruktion erspart hätte.

Optimisten mögen die französische Maßnahme zwar als Durchbruch zum ökonomischen Realis-

mus deuten. Denn sie bedeutet eine Aufgabe des „monetaristischen“ zugunsten des „ökonomistischen“ Ansatzes der Integration. Nach ihm ist die gemeinsame Währungspolitik kein geeigneter Motor, die Integration voranzutreiben, und sie sollte daher erst nach der Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken eingeführt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber leider, daß Frankreich nur dort zur wirtschaftspolitischen Harmonisierung bereit ist, wo es Vorteile erzielen kann. Belastende Maßnahmen werden dagegen, wie die Verhandlungen über den Regionalfonds verdeutlichen, als uneuropäisch abqualifiziert. Heute hat es den Anschein, als versuche Frankreich der Gemeinschaft eine neue „Qualität“ zu geben und anstelle der angestrebten föderativen Staatengemeinschaft nur noch eine zwischenstaatliche Kooperation à la carte zu setzen. Insofern könnte die Entscheidung über das Franc-Floating ein Fanal dafür gewesen sein, daß die europäische Wirtschafts- und Währungsunion scheitern wird. kr

Außenhandel

US-Handelsbilanz wieder positiv

Nach dem Rekorddefizit von 1972 in Höhe von 6,4 Mrd. US-\$ weist die amerikanische Handelsbilanz für das Jahr 1973 erstmals wieder schwarze Zahlen auf. Der Aktivsaldo von 1,7 Mrd. US-\$ ergab sich vor allem aufgrund einer ungewöhnlich starken Zunahme der amerikanischen Ausfuhren. Denn während die Importe der USA wertmäßig um rd. 24 % höher als vor Jahresfrist lagen, stiegen die Exporte dem Wert nach um 44 % an.

Schneller als erwartet haben sich damit die Abwertungen des Dollars und die Preiskontrollen in den USA positiv im Sinne einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Waren auf den Weltmärkten ausgewirkt. Zumindest wird diese Auffassung von amerikanischen Regierungsmitgliedern vertreten. Hier scheint allerdings Skepsis geboten. Sicher, die Tatsache, daß die verbesserte Wettbewerbslage der amerikanischen Industrie dem Export von Industriegütern, insbesondere Maschinen, beträchtlichen Schwung verliehen hat, kann nicht geleugnet werden. Ausschlaggebend für die deutliche Aktivierung der Handelsbilanz ist jedoch die überproportionale Steigerung der Ausfuhren von Agrarprodukten gewesen. Denn mit plus 134 % lag die Steigerungsrate der amerikanischen Agrarexporte erheblich über der Zuwachsrate der Gesamteinfuhren. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Ernteeinbußen des Jahres 1972 infolge ungünstiger Witterungsbedingungen in der UdSSR, Südostasien, Australien und Teilen Lateinamerikas und Afrikas — ein Einflußfaktor also, der lediglich von vorübergehender Art gewesen ist.

Unabhängig hiervon muß angesichts der jüngsten Entwicklungen im Bereich der Energierohstoffe damit gerechnet werden, daß die amerikanische Handelsbilanz im laufenden Jahr wieder tief ins Defizit rutscht. Bereits 1973 mußten rd. 75 % oder 3,2 Mrd. US-\$ mehr für Ölimporte ausgegeben werden. Für dieses Jahr werden die hierfür anfallenden Kosten einer ersten Analyse des US-Handelsministeriums zufolge mit 12 Mrd. US-\$ angesetzt. Wenn sich die Situation nicht grundlegend ändert, dürfte das Rekorddefizit von 1972 also noch überschritten werden. fjj

BRD-UdSSR

Atomstrom aus Königsberg?

Das im Januar unterzeichnete Programm über langfristige Perspektiven der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit umfaßt neben anderen Großprojekten auch das Vorhaben über den Bau von vier kompletten 1300-MW-Kernkraftwerken durch die BRD. Als Standort für zwei dieser Werke ist nach Moskauer Plänen ein Gebiet nahe Königsberg in Ostpreußen vorgesehen, um von dort Elektrizität allein für die BRD liefern zu können.

Die Vorteile dieser Projekte für die Sowjets dürften neben der Erhöhung der eigenen Atomstromkapazität zum einen im Erwerb erheblichen technischen Know-hows zu suchen sein, da der Transport elektrischer Energie und der Bau bisher unbekannter Kraftwerksgrößen mit der Anwendung neuer technologischer Verfahren verbunden ist. Zum anderen werden hierdurch die Voraussetzungen geschaffen, einen von den Sowjets offenbar angestrebten ost-westlichen Leistungsverbund zu verwirklichen.

Vor Abschluß eines Vertrages werden jedoch eine Reihe gewichtiger Fragen zu klären sein. So monierte das RWE, daß bisher keine Reserveleistungen — wie in Westeuropa üblich — bei eventuellen technischen Stromausfällen vorgesehen seien. Da die Leitungstrasse durch die DDR und Polen führen würde, wären überdies zunächst noch mit diesen Ländern entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Ungeklärt ist bisher auch das leidige Finanzierungsproblem. Bis zur Zahlung in Form von Energie in frühestens 7 Jahren wären rd. 6 Mrd. DM zwischenzufinanzieren, eine Aufgabe, deren Lösung durch die Enthaltbarkeit der Bundesregierung bei Zinssubventionen nicht erleichtert wird. Angesichts zunehmender westlicher Konkurrenz auf dem Ostmarkt — beim Atomprojekt ist der US-Konzern Westinghouse offenbar Mitbewerber — könnte sich die Bundesregierung jedoch zum Umdenken gezwungen sehen. Und die Ölknappheit dürfte hier ein übriges bewirken. ud